



Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Kreistag Schwarzwald-Baar

Donaueschingen, den 28. Februar 2005

Stellungnahme zum Haushaltspanentwurf 2005

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn Wachstum etwas Gutes ist, dann ist der Kreishaushalt 2005 mit all seinen Steigerungen ein ganz besonders grosser Wurf. Wir nehmen zur Kenntnis: Verwaltungshaushalt mit 28% Zuwachs, Vermögenshaushalt mit immerhin noch 14 % Wachstum, eine leistungsfähige Struktur mit grösseren Personalressourcen, deutliche Ausweitung an lokaler Zuständigkeit, mehr Zuweisungen, mehr Synergien, mehr Effizienz, mehr Kompetenz (...). So könnte man die Eckdaten und die Struktur des Haushalts bei oberflächlicher Betrachtung ohne weiteres interpretieren und es gibt nicht Wenige hier im Gremium, die genau diese Entwicklung gefördert, gefordert und vor allem auch ausdrücklich begrüßt haben.

Aber es gibt auch eine vollkommen andere Betrachtungsmöglichkeit der Situation. Da ist beispielsweise diese unschöne Differenz zwischen den Einnahmen und Ausgaben, viele notwendige Investitionen werden geschoben, die freiwilligen Leistungen werden gedrosselt, an der Personalschraube wird u.a. wegen der notwendigen Effizienzrendite heftig gedreht und die Neuorganisation fast aller Strukturen mit Verwaltungsreform, Hartz IV und vielen weiteren Veränderungen erfordern von allen Betroffenen - gelinde gesagt - grossen Optimismus und Entschlossenheit. Trotzdem steigen wie selbstverständlich die Schulden und in vielen Bereichen wird der Handlungsspielraum fast bis zum Stillstand eingeengt. Einzig bei der Diskussion um die Kreisumlage kommt dann wieder richtig Bewegung in die Runde. Der Kreisumlagesatz versetzt dabei schon allein durch seine Existenz die Gemüter in Wallung. Und die sehr harten Positionen zu diesem Thema haben das Klima in diesem Gremium zuletzt etwas eingetrübt. Wie heisst es so schön: Wo gehobelt wird, da fallen Späne (...).

Leider beschreiben die beiden grob skizzierten Bilder weniger die Ursachen, sondern vielmehr die sichtbaren Auswirkungen der Veränderungsprozesse. Ich möchte deshalb für unsere Fraktion kurz einige der wesentlichen Ursachen für die strukturellen und finanziellen Probleme benennen.

Die Arbeitslosigkeit ist im letzten Jahr auch in unserem Landkreis angestiegen und die Steuerkraftsumme der Gemeinden im Schwarzwald-Baar-Kreis wird von 2004 auf 2005 voraussichtlich um ca. 2 % fallen. Einnahmen und Ausgaben klaffen immer weiter auseinander. Eine Gemeindefinanzreform, die Kommunen und Landkreise nachhaltig stärken und dem Landkreis statt der Kreisumlage beispielsweise eine unabhängige und verlässliche Einnahmequelle verschaffen könnte, ist immer noch nicht in Sicht. Ganz schlimm wird es aber dann, wenn zugesagte Mittel ausbleiben, Entscheidungen über die Köpfe der Betroffenen hinweg getroffen oder Absprachen schlicht nicht eingehalten werden. Beispiele hierfür sind die Mittelkürzungen beim Wohngeld im Rahmen von Hartz IV, wo unserem Kreis vom Land größenordnungsmässig 2 Mio. € vorenthalten werden. Mit dem Flüchtlingsaufnahmegesetz werden einfach Kosten in Höhe von 600.000 € für Mieten und für die Bewirtschaftung der Gebäude zusätzlich auf den Landkreis überwälzt. Und bei der Verwaltungsreform darf der Landkreis wesentliche Kostenblöcke bei der Informations- und Kommunikationstechnik zunächst einmal aus eigener Tasche bezahlen. Wir befürchten, dass hier am Schluss ebenfalls ein hoher sechsstelliger Betrag verbleiben wird, der die Kreiskasse zusätzlich belasten wird. Aber auch bei den Umlagen und Zuweisungen wird umgeschichtet: Bei der FAG-Umlage steigt der Umlagesatz um 2%, was zusätzliche Ausgaben in Höhe von 320.000 € ausmacht. Und dann gibt es noch dieses hausgemachte Problem: Schlüsselzuweisungen des Landes machen sich am Landesdurchschnitt der Kreisumlage fest. Da der Landkreis eine unterdurchschnittliche Kreisumlage aufweist, werden dem Landkreis für das Jahr 2005 zusätzliche Einnahmen in mehrstelliger Millionenhöhe unterstellt, die aber in der Realität selbstverständlich nicht vorhanden sind. Bei der Berechnung der Finanzzuweisungen des Landes wirkt sich dies entsprechend nachteilig für den Landkreis aus. Aber bei den Diskussionen um die Kreisumlage scheint dies offensichtlich keine Rolle zu spielen.

Aus den vorgenannten Punkten lässt sich unschwer erkennen, dass momentan ein erbitterter Verteilungskampf stattfindet, wo solide ausgehandelte Verträge, partnerschaftliches Verhalten und gutes Geschäftsgefahren eher Seltenheitswert haben und Machtkräfte an der Tagesordnung sind! Es ist auch keineswegs erstaunlich, dass sich in diesem Machtkampf viele Kommunen an die Wand gedrückt fühlen: Immer öfters wird deshalb schlicht nach dem Motto gehandelt: Wer die Muskeln nicht spielen lässt, hat eigentlich schon fast verloren!

In diesem Umfeld stellt sich natürlich auf der Kreisebene sofort die Frage, wie man darauf reagieren kann. Da die strukturellen Probleme nicht kurzfristig lösbar sind, besteht zwischen optimistischen Haushaltsansätzen und Haushaltkosmetik ein fliessender Übergang. Dies bedeutet beispielsweise im Fall der Zusammenfassung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, dass statt eines ursprünglich ermittelten Nettomehraufwandes in Höhe von 1,5 Mio. € jetzt eine 0 im Haushalt steht. Auch beim Etat der Jugendhilfe gibt man sich zuversichtlich: Es wurden lediglich 1% Kostensteigerung bei den Pflegesätzen eingerechnet. Fallzahlensteigerungen wurden hingegen erst gar keine angesetzt! Aber auch auf der Einnahmeseite geht nichts über günstige Prognosen: 6 Mio. € bei der Grunderwerbssteuer sind ein echtes Wort. Und warum das alles? Der verführerische Vorteil eines derart „optimierten“ Zahlenwerkes liegt zweifellos darin, dass die Realität in Form des gesetzlich geforderten Haushaltsausgleiches den Landkreis erst mit drei Jahren Verzögerung einholen wird.

Doch Vielen hier im Gremium ist das noch nicht genug. Da werden Vorschläge und Anträge formuliert, die noch weit über das bisher Beschriebene hinausgehen. Bei den Personalkosten werden zusätzlich zu den bereits von der Verwaltung eingerechneten Kürzungen weitere 400.000 € pro Jahr eingefordert, was ohne betriebsbedingte Kündigungen kaum mehr realisierbar erscheint. Und auch der Sach- und Betriebsaufwand soll nach dem Willen der Mehrheit des Verwaltungs- und Wirtschaftsausschusses um weitere 330.000 € reduziert werden. Dabei wird geflissentlich übersehen, dass in diesem Bereich bereits massive Kürzungen durchgeführt wurden. Beispielsweise hatte der Ausschuss für Bildung und Soziales die Mittel zur Instandhaltung der Schulen bereits um 300.000 € reduziert. Angesichts der dringend notwendigen Investitionen in diesem Bereich ist dies kurzsichtig und unverständlich. Wie bei vielen anderen Sparvorschlägen fehlt es auch hier an einem nachhaltigen Konzept zur Zukunftssicherung dieser Strukturen. Ähnlich rigoros sind die Sparvorschläge dann auch im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe. Egal ob Beratungsleistungen, Heimunterbringung, Eingliederungshilfe für Behinderte – überall wird nur noch auf die Kosten und nicht mehr auf die Inhalte und die bisher erbrachten Leistungen geschaut. Dabei sollte allen Befürwortern solcher radikalen Konzepte bewusst sein, dass dieses Rennen nach unten hin offen ist und die negativen Auswirkungen sich mittelfristig kaum auf die definierten Bereiche eingrenzen lassen.

Paradebeispiel für diese Feststellung ist die Effizienzrendite bei der Verwaltungsreform. Wer sich heute hinstellt und forsch behauptet: „20 % Einsparung sind bei der Eingliederung der ‚unteren Sonderbehörden‘ doch überhaupt kein Problem“, der wird vielleicht schon morgen mit der unangenehmen Frage konfrontiert werden, warum um Himmels Willen bei den Sachkosten des bisherigen Landratsamtes nicht lächerliche 5% oder 10% Einsparung möglich sein sollen. Wir wissen ja alle, dass es bei diesen Diskussio-

nen keineswegs um sachliche Argumente oder um eine sinnvolle Neuorganisation der Strukturen geht. Im Fall der Verwaltungsreform ging es dem Land primär um die möglichst clevere Abwälzung von Kosten und Verantwortlichkeiten auf die Landkreise und bei unserer aktuellen Kreisumlagendiskussion geht es eben ausschliesslich um die Haushaltsspielräume aus dem Blickwinkel der Gemeinden.

Dabei kann es aus unserer Sicht nicht angehen, dass die Kreisverwaltung und die öffentlich geförderten Kreiseinrichtungen kaputt gespart werden. Folgerichtig definieren wir Effizienzgewinne als „gesteigerten Nutzen bei gleichem Aufwand“. Das hier vorherrschende Effizienzverständnis funktioniert aber mehr nach der Faustformel „Weniger Nutzen bei weniger Aufwand“. Am Ende jeder Sparrunde wird dann auf den verringerten Aufwand gezeigt und im Brustton der Überzeugung ausgerufen: Da haben wir den Effizienzgewinn! Meine sehr geehrten Damen und Herren, es tut mir wirklich Leid, dass ich Sie hier Ihrer Illusionen berauben muss. Aber das ist kein Effizienzgewinn, sondern das ist purer Leistungsabbau!

Damit Sie unseren Ansatz für echte Effizienzgewinne besser erkennen können möchte ich exemplarisch einfach mal auf den Bereich der Abfallwirtschaft verweisen. Dort werden mittlerweile hochkarätige und teure Gutachter eingeschaltet, um 08/15-Arbeiten wie jüngst die Ausschreibung für Grüngut zu begleiten. Wir erwarten, dass solche Dinge von den Fachleuten des Abfallwirtschaftsamts zukünftig wieder in alleiniger Regie, Verantwortung und Kompetenz erledigt werden. Für solche Dinge braucht man keine externen Berater, die vollkommen unnötig Kosten verursachen. Bei einer autonomen Bearbeitung kann zudem sichergestellt werden, dass die eigenen Mitarbeiter zu jedem Zeitpunkt und in jedem Detail den vollen Überblick über den Projektstand haben. Ein weiterer Vorteil ist, dass das Abfallwirtschaftsamt dann wieder selbst die volle Verantwortung für die sachgerechte Bearbeitung tragen muss. So etwas nennt man dann Eigenverantwortung. Gerade beim Grüngut sind wir trotz des gutachterlichen Beistands nämlich vom Ergebnis enttäuscht. Ein besonders gravierendes Ärgernis war aus unserer Sicht aber vor allem die Ausschreibung für die Altmetallverwertung. Der Kreis bleibt hier mit seinen zukünftigen Einnahmen weit hinter den Möglichkeiten des Marktes zurück und belastet damit unnötigerweise die Gebührenzahler.

Ich könnte jetzt noch weitere Beispiele aufzählen, die dann aber den Raum dieser Haushaltsrede sprengen würden. Deshalb möchte ich lieber noch einige Punkte anführen, die unserer Fraktion ebenfalls sehr wichtig sind:

- Die Aktivitäten und Ausgaben in den Bereichen Wirtschaftsförderungs GmbH, Flugplatz GmbH und Tourismus GmbH müssen weiterhin kritisch beobachtet werden. Die konzeptionelle Weiterentwicklung ist im engen Dialog mit dem Kreis-

tag fortzuführen. Bei der Wirtschaftsförderung erkennen wir beispielsweise immer noch nicht die klare und innovative Linie, die Erfolg verspricht.

- Die Belange der (Höhen-) Landwirtschaft und gentechnikfreie Nahrungsmittelproduktion müssen ebenfalls weiter im Blickpunkt bleiben. Dies ist in unserer Region im Zusammenhang mit dem Tourismus ein zentraler Bereich der Zukunftssicherung.
- Im Bereich Verkehrsinfrastruktur bitten wir die Verwaltung bei der Sanierung der K 5740 (Blenklepass) um die Beachtung früherer Beschlüsse von Kreistag und kommunalen Gremien und beim ÖPNV bei allen anstehenden Änderungen ebenfalls um eine frühzeitige Einbeziehung des Kreistags.
- An der Weiterentwicklung des Klinikums und an der Umsetzung des medizinischen Leistungskonzeptes muss weiterhin intensiv gearbeitet werden. Der Landkreis muss Sorge dafür tragen, dass sich keine Verzögerungen oder Probleme ergeben, die zu einer Belastung für Patienten, Personal und Kreiskasse werden.

Ich komme zur Zusammenfassung

- Der Kreishaushalt 2005 steht vor grossen Belastungsproben: Wegbrechende Landesmittel, weitere Kostenverlagerungen von der Landes- auf die Kreisebene, verringerte Zuweisungen bzw. erhöhte Umlagen, notwendiger Defizitausgleich aus dem Jahr 2002, erhöhte Aufwendungen für Soziales, Unterhaltsrückstände bei Kreiseinrichtungen, optimistische Annahmen bei den Steuereinnahmen und ganz allgemein ein hoher Restrukturierungsaufwand inklusive erheblicher Finanzrisiken infolge Hartz IV und Verwaltungsreform. Trotz einer Vielzahl von Sparvorgaben und Gegenmassnahmen führt dies zu einer erheblichen Steigerung der Kreisumlage, was deutliche Kontroversen im Kreistag ausgelöst hat.
- Das Pendel schwingt zurück: War es früher das Landratsamt, das externen Einrichtungen und zuletzt den eingegliederten „unteren Sonderbehörden“ den Effizienzbegriff durchgab, steht der bisherige Kernbereich der Kreisverwaltung jetzt selbst unter erheblichem Rechtfertigungsdruck.
- Verengt man die Perspektive nur stark genug auf Euro und Cent, dann sind noch viele weitere Einsparungen denkbar und möglich. Wir lehnen dies jedoch aus guten Gründen ab und setzen dieser Entwicklung eine andere Zielvorgabe entgegen: Die Einrichtungen und Leistungen des Landratsamts müssen nicht gnadenlos billiger, sondern sie müssen besser werden! Dies gilt gerade auch vor dem Hintergrund der grossen Strukturveränderungen mit Projekten wie Hartz IV oder der Verwaltungsreform. Die dort geforderte Effizienzrendite beispielsweise auf alle Kreiseinrichtungen übertragen zu wollen, hiesse „das Kind endgültig mit dem Bade auszuschütten“. Nach unserer Überzeugung muss es im Gegenteil gelingen, zukünftig wieder vermehrt die Kernkompetenzen der Verwaltung zu stärken. Dies bedeutet, dass beispielsweise die vollkommen ausufernden externen Beratungsleistungen im Abfallwirtschaftsbereich zurückzufahren sind.
- Wir sehen den grossen Sparaktionismus mancher Kreistagskollegen mit Sorge, die für gute Argumente zunehmend unzugänglich erscheinen. Zuerst Kürzungen zu beschliessen und dann im Nachlauf nach den Konsequenzen oder den weggesparten Inhalten zu fragen, ist diesem Gremium nicht angemessen. Ähnlich deutlich möchte ich aber auch in Richtung Verwaltung und Landrat werden. Wir fordern weiterhin einen konstruktiven und offenen Dialog. Es genügt nicht, interne Entscheidungen im Nachhinein dem Gremium bekannt zu geben und dann auf Akzeptanz zu hoffen. Die zugrunde liegende Überlegung ist in beiden Fällen übrigens ähnlich: Es ist die vermeintliche Hoffnung auf schnellen Erfolg durch eine

möglichst geschickte Überrumpelung. Wir sehen diese Entwicklung mit Sorge und missbilligen diese Art von Politik, die durchaus das Potential zu weiterer Eskalation hat.

- Die Qualität der Aufgabenerfüllung muss aus unserer Sicht ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Bei einer sich öffnenden Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben und der Notwendigkeit zur Haushaltkskonsolidierung ist dies zwar kein leichtes Unterfangen. Trotzdem gibt es eine Vielzahl von Aufgaben, denen der Landkreis zukünftig mit hoher Priorität nachkommen muss. Dazu zählen solche Schlüsselbereiche wie Bildung, Soziales, Gesundheit, Landwirtschaft, Umwelt und die Verkehrsinfrastruktur, die eine erhebliche sozial- und wirtschaftspolitische Wechselwirkung haben. Wollen wir unsere Lebensqualität, unsere Wettbewerbsposition und unsere Standortvorteile auch zukünftig halten, dann muss in all diesen Bereichen zukünftig mehr und nicht weniger intensiv gearbeitet werden! Aus unserer Sicht ist dabei vollkommen klar, dass der Landkreis seine Leistungen bisher für alle Gemeinden und Einwohner erbringt und diese auch weiterhin erbringen muss. Vor diesem Hintergrund können wir die Haltung vieler Kollegen nicht nachvollziehen, die dem Landkreis die Mittel zur Bewältigung dieser grösstenteils übergeordneten Aufgaben (man denke nur an das Berufsschulwesen, die Jugendhilfe oder den ÖPNV) ziemlich rigoros absprechen. Da die Mittel aus der Kreisumlage zum ganz überwiegenden Teil auch wieder den Einrichtungen im Landkreis zugute kommen, kann man diese Einstellung eigentlich nur so interpretieren: Die Qualität der Entscheidungsfindung, die Einflussmöglichkeit auf die Entscheidungen selbst und die Verteilungsgerechtigkeit innerhalb des Landkreises wird ganz offensichtlich massiv in Frage gestellt. Wenn dem so ist, dann müssen wir uns damit intensiv auseinandersetzen!
- Gute Arbeit zu leisten funktioniert nur mit motiviertem Personal und mit ausreichenden Sachmitteln. Daher ist Leistungsabbau unter dem Deckmantel der Effizienzsteigerung der falsche Weg. Aber um es ganz deutlich zu sagen: Hier prallen neben den vorher formulierten Befürchtungen auch verschiedene politische Grundvorstellungen aufeinander. Soll die Landkreisverwaltung auf das absolute Minimum an gesetzlichen Pflichtaufgaben reduziert werden oder erwartet man vom Landratsamt darüber hinaus (Dienst-) Leistungen, die kreisweit und bestens koordiniert die Belange von Gemeinden und Bevölkerung nach vorne bringen? Wir sind der Überzeugung, dass nicht alle Dinge auf Gemeindeebene gelöst werden können. Deshalb kommen auch dem Landkreis wichtige Aufgaben zu, für deren Bewältigung ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stehen müssen. Den ursprünglich vom Landrat eingebrachten Entwurf des Haushaltspans hätten wir unter diesem Aspekt evtl. noch mitgetragen, sofern aus den Diskussionen positi-

ve Ansätze für die Zukunft erkennbar gewesen wären. Die Debatten und die Sparbeschlüsse der Ausschüsse können wir jedoch weder vom Ausmass noch von der Intention her gut heissen. Wir sind der Überzeugung, dass der jetzt zur Abstimmung vorliegende Haushalt den Aufgaben und Pflichten des Kreises nicht mehr angemessen ist. Dies ist unsere klare politische Bewertung. Die rechtliche Seite bzw. die Genehmigungsfähigkeit wird ja ohnehin noch von anderer Seite beurteilt werden müssen.

Wir können dem Haushalt 2005 nicht unsere Zustimmung geben und lehnen ihn mehrheitlich ab.

Ich möchte es mir aber nicht nehmen lassen, noch 2 abschliessende Feststellungen zu treffen:

1. Der Kreishaushalt ist nicht der Steinbruch der Bürgermeister und Gemeinden
2. Die Qualität der Debatten, der Umgang miteinander und auch der Umgang mit betroffenen Dritten sollte zukünftig wieder besser werden

Im Namen unserer Fraktion möchte ich allen Mitarbeitern der Kreisverwaltung für ihr Engagement recht herzlich danken. Und bei Ihnen bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Doku-Info:
8 Seite(n), 2388 Wörter, 15543 Zeichen